

1. Diskriminierungsschutz Waren & Dienstleistungen: Sind Sie für oder gegen einen wirksamen Diskriminierungsschutz auf Grund der sexuellen Orientierung auch AUSSERHALB der Arbeitswelt, also beim Zugang zu Waren oder Dienstleistungen (z.B. Taxi, Bus, Bahn, Flugzeug, Restaurant, Hotel, Geschäften oder auch im Gesundheitsbereich oder beim Wohnraum), so wie dies für Diskriminierung auf Grund des Geschlechts, ethnischer Herkunft und Behinderung schon seit Jahren ununterbrochen gilt (III. Teil GIBG; BGStG)?

- DAFÜR/DAGEGEN

- BEGRÜNDUNG

- AKTIONEN?

- DAFÜR

- BEGRÜNDUNG:

Queeren Menschen kann noch immer aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Geschlechtsidentität und ihrem Geschlechtsausdruck der freie Zugang zu Gütern, Dienstleistungen, Wohnraum sowie zum Gesundheitsbereich verwehrt werden. Derzeit kann queeren Menschen die Mitnahme im Taxi, die Bedienung im Restaurant, eine Übernachtung im Hotel oder der Einlass ins Schwimmbad straffrei verwehrt werden. In einer freien, offenen und demokratischen Gesellschaft ist dieser Zustand inakzeptabel. Deshalb setzen wir uns schon lange für die Ausweitung des Diskriminierungsschutzes ein. Nur ein vollumfassender Diskriminierungsschutz (Levelling-Up) gibt queeren Menschen die rechtliche Handhabe, sich gegen Diskriminierung zu wehren. Die Rechtslücken beim Diskriminierungsschutz für die queere Community müssen geschlossen werden.

Im Privatbereich ist die Kategorie 'Geschlecht' bereits vor Diskriminierung geschützt und die Rechtsprechung hat klargestellt, dass neben Frauen und Männern auch nicht-binäre, inter* und trans* Personen beim Zugang zu Gütern, Dienstleistungen sowie Wohnraum weitgehend vor Diskriminierungen geschützt werden müssen. Es braucht hier noch eine rechtliche Nachschärfung, um Rechtssicherheit für TIN* Personen zu gewährleisten.

- AKTIONEN:

Wir Grüne haben das diskriminierungsfreie Blutspenden für alle Personen erreicht. Mit der kommenden Novelle der Blutspendeverordnung gibt es nun erstmals auch medizinische Vorgaben für diverse und intergeschlechtliche Personen. Mit dem neuen Abstammungsgesetz haben wir die juristische Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare erreicht, die in einer Ehe oder in einer eingetragenen Partnerschaft leben. Die automatische Elternschaft bei egal welcher Methode der Zeugung eines Kindes (medizinisch unterstützt oder im Privatbereich) ist ein Meilenstein für die Gleichberechtigung von Regenbogenfamilien. Sie gibt dem zweiten Elternteil die volle sozialrechtliche Absicherung. Des Weiteren werden sämtliche Geschlechter als zweites Elternteil berücksichtigt. Auch in der nächsten Legislaturperiode werden wir uns weiterhin für die volle Gleichstellung und gegen die Diskriminierung der queeren Community mit aller Kraft einsetzen.

2. Diskriminierungsschutz sexuelle Orientierung in der Verfassung: Sind Sie für oder gegen die Aufnahme des Schutzgrundes „sexuelle Orientierung“ in den Gleichbehandlungssatz der Bundesverfassung (Art. 7 Abs. 1 B-VG)? Entsprechend den Ergebnissen des Österreich-Konvents (Art. 34 Abs. 2 des Fiedler-Entwurfs für eine Bundesverfassung 2005)

- DAFÜR/DAGEGEN

- BEGRÜNDUNG

- AKTIONEN?

- DAFÜR

- BEGRÜNDUNG: Alle Menschen in Österreich müssen vor Diskriminierung geschützt werden. Eine zeitgemäße Formulierung des Gleichheitssatzes in Art 7 B-VG sollte für alle Diskriminierungstatbestände und jedenfalls auch für die sexuelle Orientierung gelten.

3. Diskriminierungsschutz Geschlechtsidentität & Intersexualität in der Verfassung: Sind Sie für oder gegen eine gesetzliche Klarstellung, dass der Schutzgrund „Geschlecht“ Gleichbehandlungssatz der Bundesverfassung (Art. 7 Abs. 1 B-VG), im Tatbestand der Verhetzung (§ 283 Strafgesetzbuch) (und damit auch für „Hate-Crimes“ § 33 Z. 5 StGB) sowie im Bundes-Gleichbehandlungsgesetz und im III. Teil des Gleichbehandlungsgesetzes (GIBG) jedenfalls auch (a) Geschlechtsidentität, samt darauf bezogenen Verhaltensweisen (gender expression), sowie (b) Intersexualität umfasst Entsprechend den Ergebnissen des Österreich-Konvents (Art. 34 Abs. 2 des Fiedler-Entwurfs für eine Bundesverfassung 2005), und wie von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gefordert (Resolu*onen 2048[2015] sowie speziell 2191 [2017])

- DAFÜR/DAGEGEN

- BEGRÜNDUNG

- AKTIONEN?

- DAFÜR

- BEGRÜNDUNG: Österreichs Grund- und Menschenrechte sind in unserer Verfassung festgeschrieben, das muss für alle Menschen in Österreich gelten. Wir stehen für eine zeitgemäße Formulierung des Gleichstellungssatzes, damit die gesamte queere Community durch die Verfassung vor Diskriminierungen geschützt wird.

4. Verbot von Konversionstherapien: Sind Sie für oder gegen ein GESETZLICHES Verbot von sogenannten Konversionstherapien („Umpolungs-Therapien“ bzw. „reparative Therapien“) zur Änderung der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität bei Minderjährigen und Erwachsenen wie es beispielsweise in Deutschland seit 2020 besteht? Vom Nationalrat am 2. Juli 2019 zumindest für Minderjährige und sexuelle Orientierung einstimmig gefordert (558/A(E) XXVI. GP).

- DAFÜR/DAGEGEN

- BEGRÜNDUNG

- AKTIONEN?

- DAFÜR

- BEGRÜNDUNG:

Wir Grüne stehen klar an der Seite der queeren Community. Das heißt auch, dass wir queere Kinder und Jugendliche vor jeglichen Pseudo-Therapien, also vor sogenannten „Konversionsbehandlungen“, schützen wollen. Sämtliche „Konversionsbehandlungen“ oder andere Maßnahmen, die eine Änderung oder Unterdrückung von sexueller Orientierung, Geschlechtsausdruck oder Geschlechtsidentität erzwingen wollen, sollen ausdrücklich für alle Personen verboten werden.

-AKTIONEN: Wir Grüne haben intensive Gespräche mit unserem Koalitionspartner und mit

Expert:innen zu dieser Thematik geführt und werden uns auch künftig vehement für das Ende dieser Pseudo-Therapie einsetzen.

5. IGM-Verbot bei Kindern: Sind Sie für oder gegen den Schutz intergeschlechtlicher Kinder, konkret durch ein ausdrückliches gesetzliches Verbot von geschlechtsfestlegenden Behandlungen (ohne Vorliegen einer medizinischen Indikation) bei intergeschlechtlichen Menschen vor Vollendung des 14. Lebensjahres (IGM: Inter Genital Mutilation)?

- DAFÜR/DAGEGEN

- BEGRÜNDUNG

- AKTIONEN?

- DAFÜR

- BEGRÜNDUNG: Nicht notwendige medizinische Behandlungen an intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen sollen verboten sein. Geschlechtsverändernde Maßnahmen müssen immer die persönliche Entscheidung der betroffenen Person sein. Unser Anliegen ist es, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die so gestaltet sind, dass betroffene Jugendliche frei entscheiden können und ihre körperliche Unversehrtheit geschützt wird.

- AKTIONEN: Auf Initiative von uns Grünen wurde ein Entschließungsantrag für ein Verbot von medizinisch nicht notwendigen Behandlungen an den Geschlechtsmerkmalen von Kindern im Nationalrat einstimmig beschlossen.

6. Bundesweite Antidiskriminierungsstelle: Sind Sie für oder gegen die Einrichtung einer bundesweiten LGBTIQ-Antidiskriminierungsstelle, angesiedelt im Rahmen der öffentlichen Verwaltung in einem zuständigen Bundesministerium nach dem Vorbild der Wiener Antidiskriminierungsstelle (Beratung, Schulungen, Förderungen usw.)?

- DAFÜR/DAGEGEN

- BEGRÜNDUNG

- AKTIONEN?

- DAFÜR

- BEGRÜNDUNG: Einer bundesweite LGBTIQ-Antidiskriminierungsstelle, die sich mit den vielseitigen Anliegen der queeren Community befasst, stehen wir Grüne positiv gegenüber. Hierzu kann die angeführte Wiener Diskriminierungsstelle mit ihren zahlreichen Aufgabengebieten (Beratungen, Workshops, Schulungen...) als Vorbild dienen. Die Sicherstellung einer solchen LGBTIQ-Antidiskriminierungsstelle in einem zuständigen Ministerium sehen wir anhand eines aufkommenden Rechtsrucks und der Gefahr einer queerfeindlichen Regierung, als gefährdet an und es ist für uns fraglich, ob diese dann dauerhaft bestehen könnte. Daher sehen wir die Notwendigkeit einer zeitgemäßen Überarbeitung des Gleichbehandlungssatz der Bundesverfassung.

7. Kein Diagnose- und Gutachtenszwang für transidente Personen: Sind Sie für oder gegen eine gesetzliche Klarstellung, dass für die Anpassung des Geschlechtseintrags im Personenstandsregister

an das gelebte Geschlecht (Identitätsgeschlecht) medizinische Diagnosen (wie bspw. Geschlechtsidentitätsstörung, Transsexualität, Geschlechtsdysphorie) und Gutachten nicht erforderlich sind (PStG) Wie von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gefordert (Resolutionen 2048[2015] sowie speziell 2191 [2017])

- DAFÜR/DAGEGEN
- BEGRÜNDUNG
- AKTIONEN?

- DAFÜR

- BEGRÜNDUNG: Jeder Mensch hat das Recht, frei und offen nach seiner Geschlechtsidentität und deren Ausdruck zu leben, und das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper. Die rechtliche Anerkennung der Geschlechtsidentität soll nicht durch bürokratische Hürden und Gutachten erschwert werden und alle Menschen sollen Zugang zu den alternativen Geschlechtseinträgen bekommen. Daher sehen wir in Österreich noch Handlungsbedarf, um den Weg zur selbstbestimmten Anerkennung der Geschlechtsidentität endlich für alle zu öffnen.

- AKTIONEN:

Wir haben das diskriminierungsfreie Blutspenden für alle Personen erreicht. Mit der kommenden Novelle der Blutspendeverordnung 2024 gibt es nun erstmals auch medizinische Vorgaben für diverse und intergeschlechtliche Personen. Mit dem neuen Abstammungsgesetz haben wir die juristische Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare erreicht, die in einer Ehe oder in einer eingetragenen Partnerschaft leben. Die automatische Elternschaft bei einer privaten Zeugung eines Kindes ist ein wesentlicher Schritt für die Gleichberechtigung von Regenbogenfamilien. Sie gibt dem zweiten Elternteil die volle sozialrechtliche Absicherung. Und es werden sämtliche Geschlechter als zweites Elternteil berücksichtigt. Auch in der nächsten Legislaturperiode werden wir uns weiterhin für die volle Gleichstellung und gegen die Diskriminierung der queeren Community einsetzen.

8. Nicht-binäre Menschen: Sind Sie für oder gegen die Umsetzung des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofs vom 15.06.2018 (G77/2018) auch für nicht-binäre Menschen (Aufhebung des BMI-Erlasses, der die dritte Geschlechtsoption im Personenstandsregister nur für körperlich intergeschlechtliche Menschen zulässt)?

- DAFÜR/DAGEGEN
- BEGRÜNDUNG
- AKTIONEN?

- DAFÜR

- BEGRÜNDUNG: Wir finden, dass alle Menschen ohne Pathologisierung, frei, offen und selbstbestimmt über ihre Geschlechtsidentität entscheiden können sollen und die rechtliche Anerkennung nicht durch bürokratische Hürden erschwert werden soll. Alle Menschen sollen Zugang zu alternativen Geschlechtseinträgen bekommen können. Es gibt noch Handlungsbedarf in Österreich, damit die selbstbestimmte Anerkennung der Geschlechtsidentität endlich für alle offen ist.

- AKTIONEN:

Das haben wir erreicht:

Sechs „Alternative Geschlechtseinträge“ für intergeschlechtliche Personen sind nun möglich: „weiblich“, „männlich“, „inter“, „divers“, „offen“ sowie „keine Angabe“. Echte Selbstbestimmung für intergeschlechtliche Menschen.

Es müssen keine neuen Gutachten mehr eingeholt werden: Nach dem Kickl-Erlass mussten intergeschlechtliche Menschen neu eingeholte Gutachten vorlegen, die ihre Variation der Geschlechtsmerkmale bestätigten. Dem haben wir eine klare Absage erteilt. Mit dem neuen Erlass werden auch bereits bestehende Unterlagen als Voraussetzung für einen alternativen Geschlechtseintrag anerkannt.

Keine Untersuchungen durch ein sogenanntes „VdG-Board“ als Voraussetzung für einen alternativen Geschlechtseintrag: Auch diese Schikane durch den damaligen Innenminister Kickl haben wir abgestellt und das ist ganz entscheidend! Denn verpflichtende Untersuchungen von Menschen, die nicht gewünschte medizinische Eingriffe bis hin zu Genitalverstümmelung erlebt haben, bedeuten eine große Gefahr von Re-Traumatisierungen bei den Betroffenen.

9. LGBTIQ-Kandidat:innen: Gibt es auf Ihren Wahllisten zur Nationalratswahl LGBTIQ-Kandidat:innen auf aussichtsreichen Plätzen, sodass die Interessen von LGBTIQ-Personen auch von entsprechend offen lebenden Abgeordneten vertreten werden, die uns und unserer Community als starke Ansprechpartner:innen zur Verfügung stehen? Wer sind diese Personen konkret?

Das Geschlecht und die sexuelle Orientierung werden bei den Grünen nicht abgefragt und sind auch kein extra Kriterium. Meri Disoski und David Stögmüller leben offen queer. Bei den übrigen Kandidat:innen gilt es, die Privatsphäre zu schützen und die Selbstbestimmung, die uns so wichtig ist, auch zu leben. Bei uns ist es egal, welche Pronomen du hast und wen du liebst.
